

## Drucksache

### der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

---

Ursprung: Antrag, AfD

**TOP: 022 / 14.14**

## Antrag

gemäß § 21 (1) c GO

**Drs.Nr.: VIII/0631**

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | <i>Sitzung</i> | <i>Beratungsstand</i> |
|--------------|----------------|----------------|-----------------------|
| 13.12.2018   | BVV            | BVV/VIII/022   |                       |

### **Keine Diesel-Fahrverbote in Berlin – Interessen von Bürgern und Mittelstand wahren**

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass Fahrverbote für Dieselfahrzeuge verhindert werden. Der Senat möge alle entsprechenden Rechtsmittel ausschöpfen, um Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu vermeiden. Ebenso sollen alle Möglichkeiten zur Anwendung möglichst langer Übergangsfristen für betroffene Fahrzeuge geprüft und im Sinne der betroffenen Fahrzeughalter umgesetzt werden, wenn Fahrverbote tatsächlich nicht verhinderbar sein sollten. Die Eigner der betroffenen Fahrzeuge – Bürger und Unternehmen – sind vor Fahrverboten zu schützen. Die Kosten sind den Betroffenen nicht zuzumuten.

#### Begründung:

Etwa ein Drittel (430.000) der derzeit 1,2 Millionen in Berlin zugelassenen Fahrzeuge werden mit Diesel-Kraftstoff betrieben. Diese Fahrzeuge werden überwiegend im Gewerbe genutzt. Vor Fahrverboten ist die ansässige Wirtschaft, besonders kleine und mittlere Unternehmen, zu schützen. Sie bilden mit ihren Dienstleistungen das Rückgrat zur Versorgung der Stadt. Betroffen sind nahezu alle Wirtschaftszweige, die auf günstige Mobilität angewiesen sind, wie Handel, Handwerk, Transport, Energie sowie diverse Versorgung. Die Belastung ist den Unternehmen nicht zuzumuten. Ebenso sind zahlreiche Privatnutzer von der Regelung betroffen, sie trifft eine kalte Enteignung. Hier handelt es sich in Berlin weitgehend um Personen, die grundsätzlich als Berufspendler aus den Außenbezirken oder aufgrund ihrer Arbeitszeiten auf ihr Fahrzeug zwingend angewiesen sind und vielfach gar keine anderen Verkehrsmittel nutzen können, da z. B. der ÖPNV keine ausreichenden Anbindungen und Taktungen gewährleistet.

Berlin, den 03.12.2018

Vorsitzender der AfD-Fraktion  
Alexander Bertram